

Verbindung des  
Um Wirtschaft  
Staats. Dieser  
Heranzugewen  
Sächsischer  
auf die Aus-  
Beamteten. Wenn  
gen worden sei-  
is Gleichgewicht  
Reichstags  
die unteren  
in Beratung  
at, des Reichs-  
gen um. Die  
die wirtschaft-  
belaste die  
ihig hoch. Auf  
tungschaft dem  
ung s m a h  
ei die Senkung  
Löhne und Ge-  
nd Kraft müsse  
ndigen Preis-  
herbeiführen.  
folgende Ent-

# Dresdener Volkszeitung

Hauptschreibst.: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1298

Organ für das **werttätige Volk**

Verkaufs-: Sächs. Staatsb., Dresden.  
Bank der Arbeiter, Anzeigebüro  
und Beamt. H.-G., Dresden.  
Gebrüder Kuntz, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß bisheriger Gebühren, bei der Begehr der Dresdener Volkzeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Schriftleitung: Wettinerstr. 10, Sonn- u. Feiertage Nr. 2361, Dresden  
Sonderdruck: Wettinerstr. 10, Sonn- u. Feiertage Nr. 2361 und 1276.  
Verlagsleiter: Wettinerstr. 10, Sonn- u. Feiertage Nr. 2361 und 1276.  
Verlagsjahr: vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 9 zum dreif. Monatspreis  
12 M., die 9 zum dreif. Monatspreis 200 M., 177 auswärts  
12 M., die 9 zum dreif. Monatspreis 200 M., 177 auswärts  
12 M., die 9 zum dreif. Monatspreis 200 M., 177 auswärts  
12 M., die 9 zum dreif. Monatspreis 200 M., 177 auswärts

Nr. 291

Dresden, Dienstag, den 15. Dezember 1931

42. Jahrgang

## Führerkrach bei Hitlers

### SPD. verlangt Preisabbau

#### Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Montag in einer mehrstündigen Sitzung mit der durch den Erlass der neuen Notverordnung geschaffenen politischen Lage beschäftigt. Die Fraktion nimmt folgende Entscheidung zu:  
„Die Notverordnung vom 8. Dezember ist von einer Regierung erlassen, der kein Sozialdemokrat angehört. Die Eingriffe in das Tarifrecht und neue Lohnsenkungen wie auch das Drängen der Gewerkschaften nach Arbeitsbeschaffung bleiben ohne Wirkung.  
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt daher jede Verankerung der nächsten Teile der Verordnung ab, die eine neue Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit sich bringen. Sie erhebt gegen die Eingriffe in das Tarifrecht, gegen die Senkung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten schärfsten Protest. In ihrem Bestreben, die schädlichen Bestimmungen der Notverordnung durch entsprechende Maßnahmen zu ersetzen, findet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den Parteien der verantwortungslosen Opposition keine Unterstützung. Sie ist

#### nicht in der Lage, mit ihnen eine Regierung bilden zu können, die die Verordnung vom 8. Dezember durch eine bessere ersetzt.

Denn es geht jenen Parteien nicht um den Schutz der Interessen der arbeitenden Volksmassen, sondern um die Verfolgung ihrer machtmächtigsten Zwecke mit dem Ende einer Fortführung der politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes. Ein Aufhebungsbefehl des Reichstages kann deshalb eine praktische Wirkung nicht haben. Eine politische Krise im gegenwärtigen Augenblick würde aber nur die Verwirrung steigern, die Verhandlungen mit dem Ausland zum Stocken bringen, die Wirtschaftskrise und mit ihr das Massenelend verschärfen.

Zum Kampf gegen die Bedrohung der politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft müssen sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung vereinigen.

Vor allem ist es notwendig die besorgten Mütter, die die Notverordnung für einige Arbeiterkategorien mit sich bringt, zu befehligen. Durch härtesten Massenprotest muß dahin gewirkt werden, eine Verbilligung der gesamten Lebensmittel zu erreichen, die zu den Lohnsenkungen den notwendigen Ausgleich schafft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nimmt ausdrücklich Kenntnis von der Gefährdung, die die Reichsregierung in der Eingeleitung der amtlichen Verlautbarung über die Notverordnung einleitet, in der es heißt:

Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehene Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Krise entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tiefgehaltenen Stand aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt ausdrücklich, daß auch für sie eine neue Lage entstanden sein würde, wenn sich herausstellte, daß die Senkung der Preise mit jenen der Löhne nicht Schritt hält. Sie behält sich für diesen Fall ihre weiteren Entschlüsse vor. Die Notverordnung stellt einen harten Eingriff in alle Privatverträge dar und bedeutet grundsätzlich die Anerkennung, daß Selbstrecht hinter das Gemeinwohl zurücktreten muß. Sie bietet selbst

#### den besten Beweis dafür, daß die Krise des kapitalistischen Systems nicht mehr beseitigt werden kann.

Aber ihre Eingriffe entsprechen nicht den Forderungen einer planmäßiger zu haltenden Produktion. Eine durchgreifende und dauernde Besserung ist nur durch eine völlige Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch den Sozialismus möglich. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb eine Weltwirtschaftspolitik, die die gesamtwirtschaftlichen Tendenzen fördert und gegen die kapitalistischen Konzepte das Interesse der Allgemeinheit rückwärts durchsetzt.

Eine der Ursachen für die ungeheure Verwirrung der Weltwirtschaft besteht in der Kriegsverwickelung der Staaten untereinander und ganz besonders in dem Eifer der

### Unterm Joch der Schwerindustrie

Berlin, 15. Dezember. (Sig. Funkbr.) Der Vorwärts meldet: Im Führerkreis der Hitler-Partei hat es einen schweren Krach gegeben. Hitler fürchtet, den Rückhalt der Schwerindustrie zu verlieren, wenn er wieder die Gregor Straßer und Goebbels und Frick den offenen Kurs gegen die Legalität vertretet läßt. Am Donnerstag erhielt Hitler den Besuch der Herren Lohse und Klotzner. Auf Grund dieser Konferenz hat Hitler seine Antwort an den Reichstagsler nochmals überprüft. Da gegen haben Goebbels und Straßer leidenschaftlich Einspruch erhoben.

Am Freitag abend fand im Hotel Kaiserhof eine Besprechung Hitlers mit den wilden Männern statt, bei der es zu einem schweren Krach gekommen sein soll. Hitler ist unmittelbar darauf nach München zurückgefahren. Er hat dem Vernehmen nach seinem politischen Vertreter Göring Vollmachten für die Erledigung des Krachs mit Gregor Straßer und Goebbels gegeben.

Damit hat sich der Gegensatz zwischen der legalen Richtung und den Radikalen um Goebbels wieder einmal offenbart. Die Entscheidung wird bei Hitler und der Schwerindustrie liegen.

#### Nationalsozialistische Verlogenheit

##### Bericht über Straßers Blutgerichts in der Nazi-Preffe

Das Braune Haus ließ am 10. Dezember die Nachricht dementieren, daß Gregor Straßer auf dem Herzfeldkongreß in Stuttgart die blutrünstigen Worte gebraucht haben sollte: „... und wenn wir mit den Knöcheln im Blute stehen müssen“. Die marxistische Presse habe die Rede gefälscht, Gregor Straßer jenen „verlogenen Text“ untergeschrieben. Nationalsozialistische Verlogenheit ist festgestellt, daß für

Straßers blutrünstigen Satz Zeugen vorhanden sind. Wir haben inzwischen auch einen solchen Zeugen entdeckt: das sächsische Nazi-Blatt. In dem Bericht des Blattes über die Leipziger Reichstags- und 6. Dezember wird aus der Rede des Straßer hervorgeht, folgende Stelle gebracht: „Wir wollen unserem Volke und damit jedem einzelnen das Lebensrecht geben, damit die Mobilität der Kraft durchzuführen können, und über allem steht eine Parole bis zur Konsequenz des Stranges — Unfähigkeit und Charakterlosigkeit müssen gleich gewertet werden, ob die Maßnahmen, die wir ergreifen, begeistert aufgenommen werden, oder ob sie unpopulär sind, das spielt keine Rolle, auch wenn wir bis an die Knie durch den Dreck müssen und bis an die Knöchel durch Blut...“

So steht zu lesen im Bericht des „Freiheitskampfes“ vom 9. Dezember. Hitlers Dementierabteilung aber behauptet, die marxistische Presse habe das alles „erlogen“. Das Leipziger beweist, mit welcher skrupellosen Methoden diese Nationalsozialisten arbeiten!

#### Braunhembden im Braunschweiger Landtag

Braunschweig, 14. Dezember. (Sig. Draht.) In der Montagssitzung des Braunschweiger Landtags marschierte die gesamte Fraktion der Nationalsozialisten in Nazi-uniform (mit gelbem Hemd, Armbinde, Abzeichen, Koppel und Schulterriemen) in den Sitzungssaal.

Die Notverordnung vom 8. Dezember bedroht jeden, der außerhalb der eigenen Wohnung mit einem politischen Abzeichen und in einheitlicher Kleidung betreten wird, mit Gefängnis nicht unter einem Monat. Der Polizeiminister Klages veranlaßte sich selbstverständlich nicht zur Durchführung der Verordnung. Der Reichspräsident des Landtags war in Zivil erschienen, trug aber kein Parteiabzeichen.

## Das kleinere Übel

### Die Entscheidung der Reichstagsfraktion

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor diesen Notverordnung des Reichspräsidenten ist das Ergebnis einer mehr als vierstündigen, von tiefstem sachlichen Ernst getragenen Beratung. Man war in der Fraktion so gut wie einstimmig der Ueberzeugung, daß ein Beschluß, den Reichstag jetzt einzuberufen und die Aufhebung der Verordnung zu verlangen, wohl zu einer gewissen psychologischen Entlastung innerhalb der Arbeiterbewegung führen könnte, daß aber den unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse mit ihm nicht gedient wäre. In einer Situation, in der eine industrielle Rezession von 5 Millionen Mann auf den Arbeitsmarkt drückt, ist der Kampf für die Aufrechterhaltung der Löhne mit gewerkschaftlichen Mitteln auf das äußerste erschwert. Dieser Druck lastet aber auch sehr auf den politischen Verhältnissen. Eine Mehrheit des Reichstags, die sich der Abwärtsentwicklung der Löhne und Gehälter durch praktische Maßnahmen entgegenstellt, ist nicht vorhanden. Das Treiben jener Kräfte, die zum Chaos und zum Bürgerkrieg drängen, kann offensichtlich nicht eine Erhöhung der Löhne und Gehälter oder auch nur ihre Erhaltung auf dem bis-

herigen Stand bewirken, es kann vielmehr nur die Millionenjahre der Arbeitslosen um weitere Millionen vermindern, Löhne, Gehälter und Sozialleistungen aber ins Bodenlose hinabsinken.

Die letzte Verhandlung tragen also jene gegnerischen und Wähler, die den unmöglichen Reichstag vom September 1930 geschaffen haben. Wer da will, daß eine starke politische Kraft die arbeitenden Massen wirksam gegen die fürchterlichen Folgen der Krise schützt, der muß sich mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die positiv für die Sache der Arbeiter wirkenden Kräfte wieder zu stärkerer Geltung gelangen, daß Einfluß und Macht der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften gestärkt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gibt in ihrer Entscheidung ihren Willen kund, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die zu befristenden schädlichen Wirkungen der neuen Notverordnung für die arbeitenden Massen zu beseitigen oder doch ganz erheblich zu mildern. Sie hält die Reichsregierung an dem Versprechen fest, das sie in ihrer Erläuterung zur Notverordnung gegeben hat, sie wolle den durch die Notverordnung geklafften Stand von Löhnen und Gehältern nur dann aufrechterhalten, wenn es gelingt, den Stand aller Preise in entsprechendem Verhältnis tief zu halten. Es muß also jetzt die Probe auf das Frempt gemacht werden. Stellt sich heraus, daß die Rechnung der Regierung falsch ist und daß die Senkung der Preise mit jener der Löhne und Gehälter nicht gleichen Schritt hält, dann wird die Regierung gezwungen sein — wenn sie nicht ihr Versprechen brechen will —, auch die Löhne und die Gehälter wieder zu erhöhen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat darum auch nicht unterlassen, festzustellen, daß ihr Beschluß, von einer Einberufung des Reichstags Abstand zu nehmen, nur für den gegenwärtigen Augenblick gefaßt ist und daß er geändert werden kann, wenn sich die Umstände ändern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war aber auch bei all ihren Erwägungen von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es nicht nur um die Höhe der Löhne und der Gehälter in der Zeit dieses Hungertwinters geht, sondern daß

deutschen Reparationszahlungen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert im Sinne der Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationale die Befreiung des deutschen Volkes von unentgeltlichen Lasten.

Das Sterben nach einer entscheidenden Erleichterung der deutschen Auslandverpflichtungen wird durch das Treiben des Nationalsozialismus, dieses schlimmen Feindes der deutschen Nation, aufs empfindlichste geschädigt. Die Reichsregierung verliert nach innen und außen jegliche Autorität, wenn es ihr nicht gelingt, diesem Treiben einen festen Damm entgegenzusetzen. Die Arbeiterklasse aber muß alle ihre Kraft einsetzen, um ihre Organisationen durch die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krisen hindurchzuführen und den Wurzeln des Faschismus zurückzuschlagen. Einigkeit und Disziplin, Wachsamkeit und unerschütterliche Arbeit für die Stärkung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist das Gebot der Stunde.